

Bern

Kirchenfeld-Schüler werden jahrelang Bus fahren müssen

Die Gegner der Schulhauserweiterung im Kirchenfeld wollen den Rechtsweg voll auskosten. Das Provisorium im Engeschulhaus könnte bis zu vier Jahre dauern.

Bernhard Ott

Niemand bezweifle die Notwendigkeit einer Sanierung der Schule Kirchenfeld, sagt Anna Schafroth, Präsidentin des Kirchenfeld-Brunnadern-Elfenau-Leists. «Aber es gibt kein Argument für ein Erweiterung des Schulhauses.» In diesem Teil des Quartiers sei nicht mit einer Zunahme der Schülerzahlen zu rechnen. Und der grosse Erweiterungsbau werde den Blick auf das denkmalgeschützte Schulgebäude von der Aareseite her verhindern. Für Schafroth ist daher klar: «Das Projekt muss gesundgeschrumpft werden.» Auch in der Länggasse sei es vor ein paar Jahren gelungen, eine Schulsanierung zu entschlacken und den Bau einer neuen Aula auf dem Pausenplatz zu verhindern. Im Kirchenfeld gehe es nun ebenfalls darum, einen «überflüssigen Luxusanbau» zu verhindern. Der Leist werde eine allfällige Ablehnung seiner Einsprache auf jeden Fall weiterziehen. «Eine Einigung ist für uns nicht möglich», sagt Schafroth.

Ängste vor einem Hangrutsch

Das Volk hat den 46-Millionen-Kredit für den Um- und Neubau der Schule Kirchenfeld im letzten Herbst an der Urne gutgeheissen. Ob es dabei immer mit rechten Dingen zugegangen ist, wird nun aber bestritten. Der Leist hat nicht nur selber eine Einsprache eingereicht, er hat sich auch einer Gruppe von Anwohnern angeschlossen, die eine wei-

tere Einsprache eingereicht hat. Dabei geht es um zonenrechtliche Fragen: Die Änderung des Zonenplans sei vom Gemeinderat als «geringfügig» eingestuft worden, damit sie nicht dem Volk vorgelegt werden müsse, sagt Rechtsanwalt Mark Sollberger. Für ein Vorhaben dieser Grösse brauche es aber eine ordentliche Zonenplanänderung. «Diese hätte zwingend vors Volk kommen müssen.»

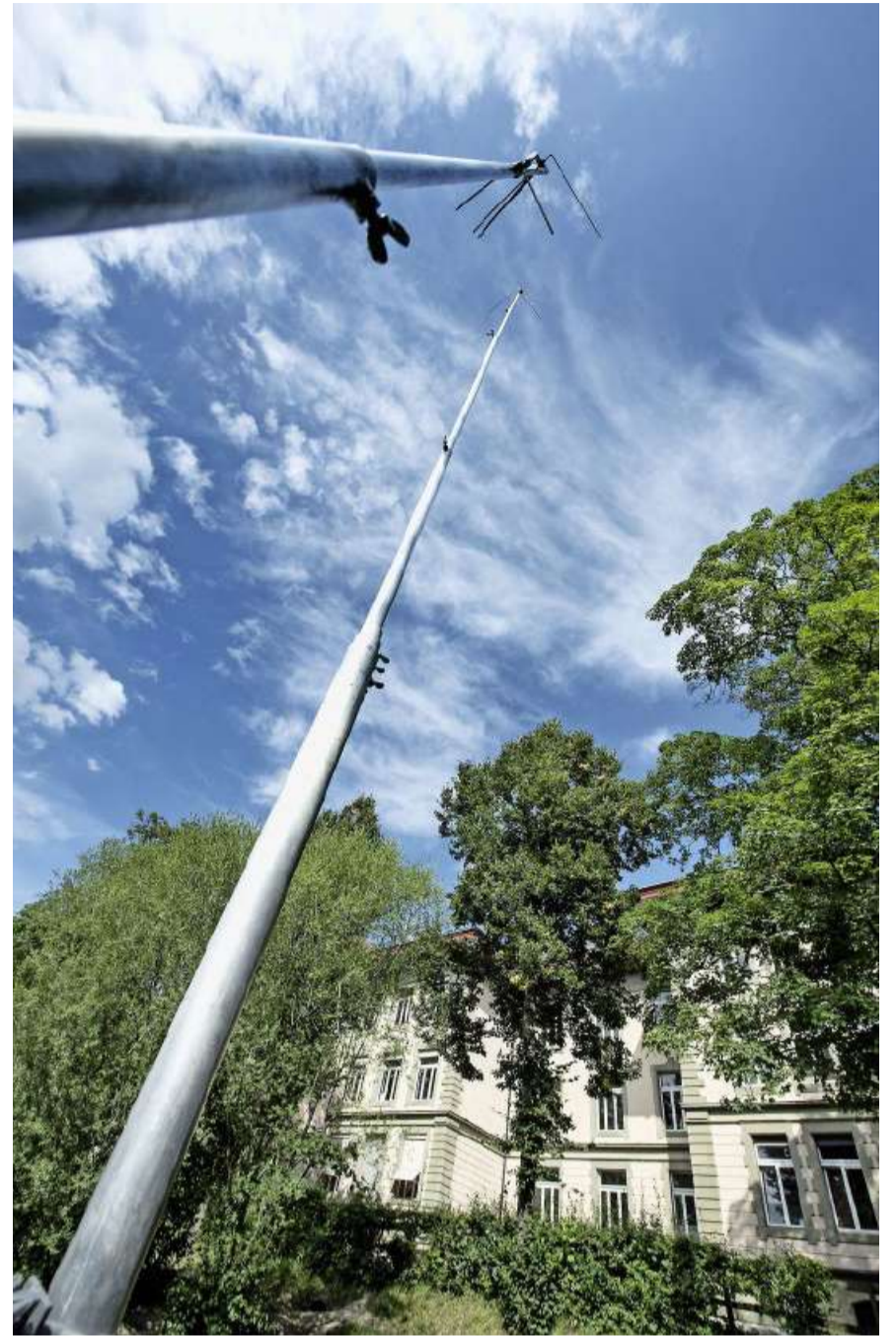
Einige von Sollbergers Mandanten befürchten zudem, dass die Stadt die Risiken des Baugrundes zu wenig abgeklärt habe. So wiesen benachbarte Liegenschaften bereits heute Risse auf, da die Gesteinsschichten am Aarehang «relativ instabil» seien. Auch stünden gelegentlich Keller unter Wasser, weil es wiederholt Probleme mit dem Grundwasser gegeben habe, sagt Sollberger. Die Hauseigentümer haben Angst, dass der Hang beim Aushub der Grube für den Erweiterungsbau ins Rutschen kommen könnte. Sie wollen sich nicht mit einer allfälligen Ablehnung der Einsprache begnügen. «Wir haben unsere Chancen abgeklärt und sind diesbezüglich zuversichtlich», sagt Sollberger. Eine erste Einspracheverhandlung sei ergebnislos verlaufen.

Stadt zahlt unnötig Miete

Für die Schüler bedeutet der Umbau, dass sie ab Baubeginn im Sommer 2018 den Unterricht in einem Provisorium besuchen müssen. Auf eine Lösung im Quartier hat die Stadt verzichtet, wie die «Berner Zeitung» berichtete. Kurz vor

den Sommerferien wurden die Eltern informiert, dass nicht mehr das Calvinhaus an der Marienstrasse und ein Gebäude auf dem Areal der Schule Matte im Fokus stünden, sondern das Engeschulhaus. Viele Eltern im Quartier haben aber Mühe mit der Vorstellung, dass ihre Kinder für mindestens zwei Jahre quer durch die Stadt zur Schule gefahren werden müssen. Auch hat die Stadt das Calvinhaus bereits fix bis Sommer 2019 angemietet, weil der Baubeginn einst für diesen Sommer geplant war. Die Miete für das ungenutzte Gebäude beträgt 16 000 Franken im Monat.

Die Lösung im Calvinhaus sei seitens Schule und Eltern umstritten gewesen, sagt Schulamtsleiterin Irene Hänzenberger. Auch bringe ein Provisorium im Schulhaus Enge «grossen pädagogischen Mehrwert», da der Schulbetrieb nicht auf zwei Standorte aufgeteilt werden müsse. Der Transport werde mit Bussen von Bernmobil stattfinden. Um die Fahrten zu minimieren, würden die Stundenpläne «speziell koordiniert». Auch werde die Tagesschule Kirchenfeld in der Enge installiert, damit die Kinder bei Bedarf über Mittag in der Schule bleiben könnten. Hänzenberger geht von einer zweijährigen Dauer des Provisoriums aus – mit der Möglichkeit auf Verlängerung. Am Ende könnte es doppelt so lange dauern: Wird das Verfahren bis vor Bundesgericht gezogen, rechnet das Hochbau Stadt Bern mit einer Verzögerung von rund zwei Jahren.



Bei der Schule Kirchenfeld stehen bereits Profile. Foto: Valérie Chételat

Anzeige

**WU
MUSIG
KES GLIIR**



UKW | DAB+ | APP | RADIOBERN1.CH

STADT & REGION BERN 97.7 MHz REGION BURGDORF - FRAUBRUNNEN 89.2 MHz REGION SCHÖNBÜHL & MÜNSINGEN 98.4 MHz REGION THUN - GÜRBETAL 98.9 MHz REGION LAUPEN - AARBERG 91.5 MHz

Kurz

Stadt Bern Erster Schritt zur Fusion der Kirchgemeinden

Die evangelisch-reformierten Kirchgemeinden der Stadt Bern werden voraussichtlich 2019 über eine Fusion abstimmen. In einer Konsultativabstimmung haben zwölf Kirchgemeinden am Wochenende die Aufnahme von Fusionsverhandlungen oppositionslos befürwortet. Die grundsätzliche Zustimmung sei ein wichtiger Schritt zur Realisierung des Projektes «Kirchgemeinde Bern», teilte die Evangelisch-Reformierte Gesamtkirchgemeinde Bern gestern mit. Die gemeinsame Kirchgemeinde soll künftig alle Aufgaben der fusionierten Pfarreien übernehmen, sofern sie nicht an die Kirchenkreise delegiert sind. In einem nächsten Schritt muss nun ein Fusionsvertrag erarbeitet werden. Die Fusion kommt nur zustande, wenn mindestens neun Kirchgemeinden zustimmen. (sda)

Thun Polizei stellt nach dem Match petardenwerfende Hooligans

Nach dem Fussballspiel Thun-Lausanne hat die Berner Kantonspolizei am Samstagabend auf der Autobahnraststätte Münsingen einen Reisekar mit Lausanne-Fans angehalten und kontrolliert. Dabei wurden zwei Männer identifiziert, die während des Spiels Knallpetarden gezündet haben sollen. Die jungen Männer im Alter von 20 und 24 Jahren werden sich wegen Widerhandlung gegen das Sprengstoffgesetz vor der Justiz verantworten müssen. Im Falle einer Verurteilung müssen sie mit harten Strafen rechnen: Anfang August verurteilte das Bundesstrafgericht einen Fan zu einer teilbedingten Freiheitsstrafe von 36 Monaten. (nj/sda)

Korrigendum Unvergleichbare Zahlen im Vergleich der Veloverleiher

In seiner Samstagsausgabe hat der «Bund» in seinem Beitrag zur Debatte über Veloverleihprojekte Vergleichszahlen nicht korrekt dargestellt. Bei Publibike werden nur Spontanutzer für die erste halbe Stunde 3 Franken bezahlen müssen. Mit einem Jahresabo zu 50 Franken entfällt diese Gebühr. Nicht richtig war die Aussage, eine Velomiete koste bis zu 40 Franken pro Tag: Diese Zahl bezieht sich auf eine E-Bike-Miete pro Tag. (bst)

Wileroltigen erteilt auch den Linken eine Absage

Die geplante Demonstration gegen Antiziganismus vom 24. September wird von der Gemeinde nicht bewilligt.

Letzten Montag wollten in Wileroltigen Gegner des geplanten Transitplatzes für Fahrende demonstrieren. Doch die Gemeinde sagte den Anlass wegen Sicherheitsbedenken ab. Im Vorfeld hatten sich nämlich sowohl rechtsextreme wie auch linksradikale Stimmen gemeldet. Mit der gleichen Begründung will der Wileroltiger Gemeinderat nun auch das Gesuch um eine bewilligte Demonstration gegen Antiziganismus ablehnen. Das Bleiberecht-Kollektiv wollte zu einer solchen aufrufen. Doch auch hier befürchtet die Gemeinde ein riskantes Aufeinandertreffen von Radikalen aus der rechten und der linken Szene. Zudem würde das Dorf eine Bewilligung der Bleiberecht-Demo nicht verstehen, sagte Gemeindepräsident Christian Grossenbacher gegenüber der «Berner Zeitung». Bis heute Montag kann das Kollektiv zum Entscheid des Gemeinderats Stellung nehmen.

Vorwurf an nationale Behörden

Zu Wileroltigen äusserte sich am Wochenende auch die Gesellschaft für bedrohte Völker, die sich seit längerem für die Anliegen der Fahrenden einsetzt. Die Ereignisse dort zeigten, dass Antiziganismus in der Schweiz ein Problem sei, das von den Behörden nicht deutlich genug abgelehnt werde. Die «wochenlange, rassistische Hetze» sei bisher nicht einmal von der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus klar verurteilt worden, schreibt die Gesellschaft in einer Medienmitteilung. «Antiziganismus muss als spezifische Form von Rassismus verurteilt werden», sagt Kampagnenleiterin Angela Mattli im Gespräch mit dem «Bund». Zudem dürften Platzverbote für ausländische Fahrende nicht toleriert werden. Sie würden dem Diskriminierungsverbot in der Schweizer Verfassung widersprechen, sagt sie. «Man kann nicht nur für die einen Plätze schaffen und für die anderen nicht.» (jtz)